

Mieten oder kaufen?

Immobilien. Eigentum lohnt sich. Das liegt vor allem an den derzeit niedrigen Hypothekenzinsen und hohen Mietpreisen. Inwieweit der Immobilienerwerb auch langfristig ein gutes Investment ist, erläutert IW-Immobilienexperte Michael Voigtländer im iwd-Interview. Für Mieter und Vermieter gleichermaßen wichtig: Bis Ende 2019 muss die Grundsteuer neu festgesetzt werden.

—> [Seiten 2-6](#)

IW-Konjunkturumfrage und -prognose

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Kurs: Trotz vieler globaler Risiken wird das Bruttoinlandsprodukt 2018 und 2019 um jeweils etwa 2 Prozent zulegen.

—> [Seiten 8-9](#)

Fachkräfte

Viele Frauen fühlen sich von herkömmlichen Stellenanzeigen nicht angesprochen. Denn häufig betonen Formulierungen und Fotos traditionelle Geschlechterstereotype.

—> [Seite 11](#)

Schaffe, schaffe, Häusle baue

Wohneigentum. Zinsen niedrig, Kaufpreise hoch, aber Mieten auch – inwieweit lohnt es sich heute noch, unter die Häuslebauer oder Wohnungseigentümer zu gehen? Das Institut der deutschen Wirtschaft hat für alle 401 Kreise in Deutschland nachgerechnet.

Noch nie in der fast 70-jährigen Geschichte der Bundesrepublik war es so günstig wie heute, den Kauf einer Immobilie über einen Kredit zu finanzieren. Der durchschnittliche Hypothekenzins für zinsgebundene Darlehen mit zehnjähriger Laufzeit, der auf dem bisherigen Höchststand im Jahr 2008 bei 5,04 Prozent lag, betrug 2017 gerade einmal noch 1,67 Prozent.

Diese Traumkonditionen haben allerdings auch die Nachfrage nach Wohneigentum beflügelt – und das bleibt nicht ohne Folgen: Insbesondere in den Großstädten haben eben nicht nur die Mieten, sondern auch und vor allem die Kaufpreise kräftig angezogen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat in einer neuen Studie die 401 deutschen Städte und Landkreise daraufhin abgeklopft, wer heute günstiger wohnt: Eigentümer oder Mieter? Eingeflossen sind in diesen Vergleich sämtliche Parameter, angefangen von der Entwicklung der Mieten und Kaufpreise über die Kaufnebenkosten bis hin zu den Hypothekenzinsen und entgangenen Zinsen auf alternative Eigenkapitalanlagen. Das Ergebnis (Grafik):

Die monatlichen Kosten von selbst genutztem Wohneigentum liegen derzeit durchschnittlich um ein Drittel unter den Mietkosten für eine vergleichbare Immobilie.

Vor knapp zehn Jahren, als die sogenannte Subprime-Krise in den USA längst auf Europa übergeschwappt war und die Leitzinsen der Europäischen Zentralbank (EZB) einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatten, war es genau umgekehrt: Wohnungsbesitzer hatten um gut ein Drittel höhere Wohnkosten als Mieter.

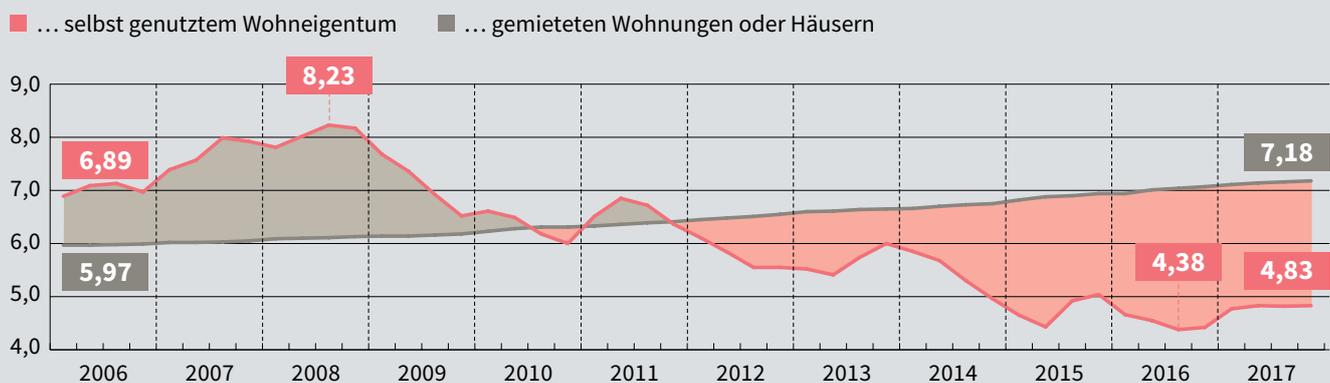
Zwar kommen Eigentümer derzeit in ganz Deutschland günstiger weg als Mieter – doch nicht überall im selben Ausmaß. Die regionalen Unterschiede basieren zum einen auf unterschiedlichen Miet- und Kaufpreinsniveaus und zum anderen darauf, dass Grunderwerbsteuern und Maklergebühren stark variieren.

Im Großstadtvergleich haben Wohnungseigentümer in Stuttgart und München den kleinsten Wohnkostenvorteil gegenüber Mietern (Grafik Seite 3):

In München sind für eine 100 Quadratmeter große selbst genutzte Eigentumswohnung im Schnitt 11.600

Wohnkosten: Selbstnutzer im Vorteil

Durchschnittliche monatliche Kosten von ... in Euro je Quadratmeter



Selbstnutzerkosten: Kosten der Finanzierung (ohne Tilgung), entgangene Zinsen aus alternativer Verwendung des Eigenkapitals, Steuern, Gebühren und Instandhaltungskosten, verrechnet mit Wertänderungen der Immobilie; Mietkosten: Nettokaltmiete bei Neuvermietung

Quellen: F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2018 IW Medien / iwd

Euro pro Jahr aufzubringen – rund 27 Prozent weniger als für eine vergleichbare Mietwohnung.

Einen besseren Schnitt machen Hamburger, die eine solche Eigentumswohnung ergattern und finanzieren können: Sie kostet in der Hansestadt knapp 7.600 Euro pro Jahr und ist damit fast 39 Prozent günstiger als das Wohnen zur Miete.

Kein Vergleich ist das jedoch zu den Kostendifferenzen, die sich in einigen ländlichen Regionen ergeben. Am größten ist der Vorteil des Kaufens im thüringischen Saale-Orla-Kreis: Dort würde ein Eigenheim mit 100 Quadratmetern jährlich gerade einmal 2.300 Euro kosten – das läge 62 Prozent unter der Miete.

Im Umkreis von München dagegen lässt es sich lediglich um knapp 18 Prozent günstiger kaufen als mieten, und im Landkreis Aichach-Friedberg nahe Augsburg sind es sogar nur 5,5 Prozent.

Weil der Vorteil von Wohneigentum je nach Region relativ klein sein kann, empfiehlt es sich, die gesamte Finanzierung anzuschauen – und nicht nur die laufenden Kosten. Ob das Eigenheim dann immer noch besser abschneidet als die Mietwohnung, hängt auch von der Finanzierungsdauer und der Zinsentwicklung ab. Das IW hat unterschiedliche Szenarien für die Anschlussfinanzierung eines über zehn Jahre zinsgebundenen Immobilienkredits durchgespielt. Dass die Niedrigzinsphase dann beendet ist, ist nicht ganz unwahrscheinlich:

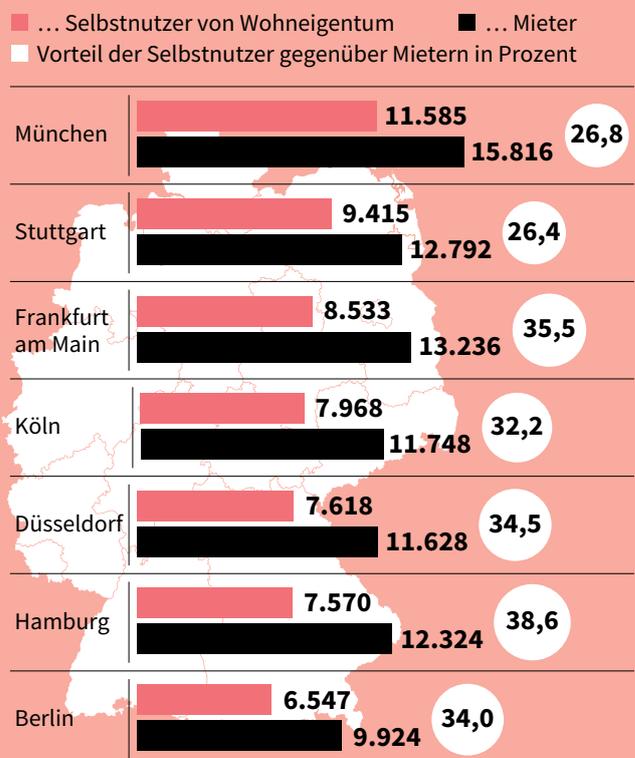
- **Im besten Fall** muss das Haus oder die Wohnung erst nach weiteren 25 Jahren abbezahlt sein und die Zinsen steigen lediglich auf 3,5 Prozent. Wenn der laufende Kostenvorteil der selbst genutzten Immobilie zuvor vollständig zur Tilgung verwendet wurde, unterscheidet sich die Belastung durch Mieten und Kaufen während der ersten zehn Jahre nicht mehr. Ein Unterschied ergibt sich erst aus den Konditionen der Anschlussfinanzierung. Im Best-Case-Szenario des IW kämen Käufer in sechs von sieben deutschen Metropolen weiterhin günstiger weg als Mieter – nur in München nicht.

- **Im schlechtesten Fall** läuft der Anschlusskredit nur über 15 Jahre, sieht also höhere Kreditraten vor, und die Zinsen steigen auf 4,5 Prozent. In diesem Worst-Case-Szenario wäre der Wohnungskauf in München nun um 69 Prozent teurer als das Mieten. In den anderen Großstädten ergeben sich ebenfalls Nachteile für das Eigentum, aber deutlich kleinere.

Einem möglichen langfristigen Kostennachteil des Immobilienerwerbs steht jedoch der Vermögensaufbau gegenüber. Diesen könnten zwar auch Mieter betreiben, indem sie das nicht in eine Immobilie investierte Geld zum Beispiel in Aktien anlegen – Tatsache aber ist, dass die meisten es nicht schaffen, ähnlich viel zu sparen.

Großstadtvergleich: Was Wohnen kostet

Laufende jährliche Kosten einer 100-Quadratmeter-Wohnung für ... in Euro



Durchschnittswerte, Stand: 4. Quartal 2017; Selbstnutzerkosten: Kosten der Finanzierung (ohne Tilgung), entgangene Zinsen aus alternativer Verwendung des Eigenkapitals, Steuern, Gebühren und Instandhaltungskosten, verrechnet mit Wertänderungen der Immobilie; Mietkosten: Nettokaltmiete bei Neuvermietung

Quellen: F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

Bleibt die große Frage: Wenn die Vorteile des Kaufens so klar auf der Hand liegen – warum wohnt dann nicht längst der Großteil der Bundesbürger im eigenen Häuschen oder der eigenen Wohnung? Der Anteil der Wohneigentümer hat zwar in den vergangenen Jahren zugenommen und lag 2016 bei knapp 45 Prozent, doch für viele ist es gar nicht so einfach, den Immobilienkauf zu finanzieren. Denn die Banken haben aus der Immobilienkrise in den USA und Europa ihre Lehre gezogen und verlangen einen relativ hohen Eigenkapitalanteil. Das ist angesichts der gestiegenen Kaufpreise für viele Häuslebauer in spe – gerade in jungen Jahren – eine zu hohe Hürde. Will die Politik den Vermögensaufbau via Wohneigentum erleichtern, muss sie hier ansetzen (siehe Interview Seite 4).

IW-Gutachten

Michael Voigtländer, Björn Seipelt: ACCENTRO-IW-Wohnkostenreport 2018 – Eine Analyse von Mieten und Wohnnutzerkosten für 401 Kreise iwkoeln.de/wohnenkosten



Interview. *Rein rechnerisch stehen die Signale für Wohneigentum nach wie vor auf Grün. Worauf Immobilienkäufer aber noch achten sollten und weshalb die Große Koalition mit dem geplanten Baukindergeld danebengreift, erklärt der IW-Immobilienexperte **Michael Voigtländer** im Interview mit dem iwd.*

„Die Altersvorsorge ist ein kostenloser Nebeneffekt“

Herr Voigtländer, warum kommen Menschen, die in den eigenen vier Wänden wohnen, trotz explodierender Preise noch immer günstiger weg als Mieter?

Der günstigste Zeitpunkt zum Kaufen ist vielleicht vorbei, aber im Vergleich zum Mieten ist es immer noch attraktiver. Das liegt einfach daran, dass über die vergangenen Jahre die Zinsen stärker gefallen, als die Preise gestiegen sind. Dennoch muss man natürlich jeden Kauf genau prüfen. Gerade in der jetzigen Boomphase werden auch Objekte inseriert, die aufgrund ihrer Qualität ansonsten nie verkäuflich wären. Und wer damit rechnen muss, kurzfristig wieder umzuziehen, sollte aufgrund der hohen Erwerbsnebenkosten besser auf Mietwohnungen setzen.

Ein Hauskauf dient auch der Vermögensbildung oder Altersvorsorge. Können sich Wohneigentümer darauf verlassen, über den Verkauf ihres Häuschens die Wohnung im Seniorenstift zu finanzieren oder ihren Kindern etwas zu vererben?

Das Faszinierende an der aktuellen Lage ist, dass die Haushalte Zins, Tilgung und Instandsetzung leisten können, ohne dass sie stärker belastet sind als Mieter. Damit ist die Altersvorsorge quasi ein kostenloser Nebeneffekt, weil man im Rentenalter – wenn die Immobilie bezahlt ist – mietfrei leben kann.

Das bedeutet allerdings nicht, dass die Immobilie in 30 Jahren auch wirklich viel wert sein wird. In einigen Regionen Deutschlands, die demografisch stark belastet sind, wird es eventuell nur mit starken Preisnachlässen möglich sein, eine Immobilie zu verkaufen. Über diese Perspektiven sollte sich jeder Hauskäufer und Hausbauer im Klaren sein.

Das Wohnen im eigenen Häuschen schneidet im Vergleich zur Miete umso besser ab, je mehr Zeit für das Abzahlen des Kredits zur Verfügung steht. Ist das geplante Baukindergeld eine gute Idee, um jungen Familien unter die Arme zu greifen?

Nein, denn es setzt falsche Anreize. Die maximale Förderung bekommt nur, wer die Familienplanung bereits abgeschlossen hat. Zudem ist das Baukindergeld viel zu teuer. Unsere Berechnungen zeigen, dass Wohneigentum auch ohne hohe Subventionen attraktiv ist.

Für Otto Normalverbraucher sind Wohnungen in einer Großstadt kaum noch erschwinglich. Setzt die Groko auf die richtigen Gegenmaßnahmen?

Die größten Probleme sind zu wenig Eigenkapital und zu hohe Erwerbsnebenkosten. Kaum ein Haushalt hat jene 30 Prozent des Kaufpreises gespart, die man für Grunderwerbsteuer, Notar, Makler und das von den Banken geforderte Eigenkapital in etwa braucht. Hier muss man ansetzen.

Die Niederlande und Frankreich haben gute Erfahrungen mit Bürgschaften gemacht, denn die können den Eigenkapitalbedarf deutlich senken. Solange gleichzeitig Mindesttilgungen und langfristige Zinsen vereinbart werden, ist dies auch für den Staat kein großes Risiko.

Bei der Grunderwerbsteuer wäre den Haushalten schon geholfen, wenn sie die Steuerzahlung über mehrere Jahre strecken könnten. Noch besser wäre es aber, den Steuertarif anzupassen: In Großbritannien etwa gibt es wie in der Einkommensteuer einen Freibetrag und steigende Steuersätze. Dann werden Käufer von kleinen Wohnungen entlastet, Käufer von Luxusobjekten und Villen dagegen stärker besteuert.

Solide Finanzierung

Immobilien. Der Kauf eines Hauses oder einer Eigentumswohnung ist wegen der niedrigen Zinsen derzeit besonders attraktiv. Parallel zum Immobilienboom steigt aber auch die Angst vor einer Immobilienblase – in Deutschland gibt es dafür jedoch keinen Grund.

Kaum Eigenkapital, hohe Kredite zu variablen Zinsen, geringe Tilgung: Das waren die luftigen Zutaten, mit denen sich zum Beispiel die USA und Spanien vor rund zehn Jahren eine Immobilienblase geschaffen haben. Als dann die Zinsen stiegen, konnten Millionen Haushalte ihre Raten nicht mehr bedienen, mussten also verkaufen. Das wiederum ließ die Preise ins Bodenlose fallen – und die Blasen platzen.

So etwas kann in Deutschland nicht passieren, sagt das IW in einem Gutachten (siehe Seiten 2–3), denn der Immobilienmarkt ist robust, wie wichtige Indikatoren zeigen:

Die Fremdkapitalquote gibt an, wie viel Prozent der Immobilienkosten über Kredit finanziert werden. In Deutschland betrug diese Quote Ende 2017 durchschnittlich 80 Prozent – und war damit genauso hoch wie zu Beginn der Finanzkrise 2009. Das heißt: Heute wie damals haben die Hauskäufer im Schnitt rund 20 Prozent Eigenkapital – das gilt als solide Finanzierung.

Die Tilgungsrate, also jener Prozentsatz vom Darlehen, der zum Schuldenabbau eingesetzt wird, hat sich von 2009 bis 2017 auf 3 Prozent verdoppelt. Die Bürger nutzen die Niedrigzinsen also vor allem dazu, ihre Kredite schneller zu tilgen.

Die Laufzeit der Darlehen spielt insofern eine Rolle, als kurze Laufzeiten die Gefahr bergen, bei der Anschlussfinanzierung höhere Zinsen zahlen zu müssen. In Deutschland aber dominieren lange

Laufzeiten: Mehr als 40 Prozent der Darlehen haben eine Zinsbindung von über zehn Jahren – damit sind die Haushalte vor kurzfristigen Zinsänderungen geschützt.

Das Kreditvolumen ist für die Stabilität der Immobilienmärkte besonders wichtig. Anders als in Spanien und Irland, wo die Kreditbestände vor der Finanzkrise geradezu explodierten, sind sie in Deutschland nur langsam gestiegen (Grafik):

Von 2003 bis 2017 ist das Volumen der Immobilienkredite in Deutschland um insgesamt 28 Prozent gewachsen – in Spanien dagegen um 120 Prozent.

Die Zinsentwicklung lässt sich zwar nicht vorhersagen, aber es gibt Hinweise darauf, wohin die Reise geht. Ein Indiz ist der Unterschied zwischen kurz- und langfristigen

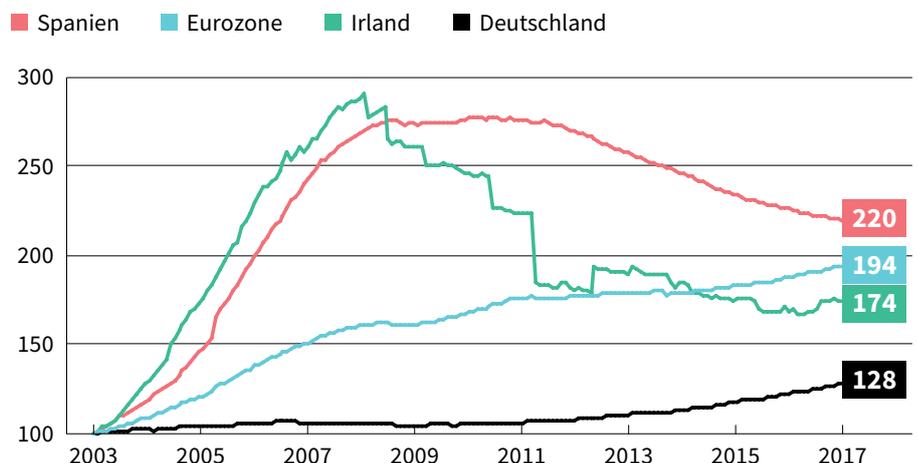
Zinsen. Steigt dieser Spread, deutet das auf steigende Zinsen. Davon aber ist nichts zu sehen, denn der Spread ist seit 2016 relativ konstant – aktuell fällt er sogar.

Auch die meisten Ökonomen gehen davon aus, dass das Zinsniveau eher niedrig bleibt. Dafür spricht schon die demografische Entwicklung: Erstens steigt das Volumen der Ersparnisse, weil die Bevölkerung altert und mehr vorsorgen muss, zweitens führt die sinkende Erwerbspersonenzahl zu einem geringeren Investitionsbedarf – beides drückt die Zinsen.

Und selbst wenn die Geldpolitik der EZB die Zinsen auch mal wieder steigen lässt, sollte das den grundsätzlichen Trend hin zu niedrigen Zinsen nicht drehen – potenzielle Hauskäufer dürfen also zugreifen.

Immobilienkredite: Keine Blase in Deutschland

Kredite für die Finanzierung von Wohnimmobilien, 1. Quartal 2003 = 100



Ursprungsdaten: Europäische Zentralbank
© 2018 IW Medien / iwd

Einfach, transparent und nachvollziehbar

Grundsteuer. Der Gesetzgeber muss sich bis Ende 2019 für ein neues Modell der Grundsteuer entscheiden und dieses dann bis Ende 2024 umsetzen. Gefragt ist eine einfache und gerechte Lösung – wie das Bodenwertmodell des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht Anfang April die bisherige Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt hat, ist nun die Politik in der Pflicht, ein neues Modell zu finden. In der Diskussion stehen drei Varianten:

Die Flächensteuer bewertet sowohl die Grundstücksfläche als auch die Gebäudefläche pauschal. Dieses – von Bayern favorisierte – Modell hat zwar den Vorteil, dass es einfach ist. Doch die Flächensteuer ist auch extrem ungerecht, denn sie besteuert wertvolle Immobilien in Toplagen genauso hoch wie andere in schlechten Lagen. Es ist fraglich, ob das verfassungskonform ist.

Die Kostenwertsteuer bewertet die Grundstücksfläche mit dem Bodenrichtwert und die Gebäudefläche mit dem Kostenwert – der pauschal den Herstellungskosten entspricht – abzüglich der Alterswertminderung. Dieses Modell stammt von den Länderfinanzministern, allerdings tragen es Bayern und Hamburg nicht mit. Das Grundproblem des Kostenwertmodells: Es bewertet insbesondere Neubauten so hoch, dass auch dieser Ansatz möglicherweise nicht verfassungskonform ist. Weil die Steuer mit der Bebauung steigt, wirkt das Modell zudem wie eine Strafsteuer auf Investitionen.

Die Bodenwertsteuer ist ein Modell des IW und wird unter anderem vom Mieterschutzbund und dem Naturschutzbund mitgetragen. Die Bodenwertsteuer bewertet – wie der Name schon sagt – allein die Grundstücksfläche mit den sogenannten Bodenrichtwerten, die größtenteils flächendeckend vorliegen. Die aufwendige und zeitraubende Bewertung der Gebäude fällt also weg. Der Vorschlag wäre innerhalb weniger Jahre zu verwirklichen und würde in den Behörden Kosten in enormer Höhe sparen.

Das IW hat die drei Vorschläge für eine Wohnung in einem Kölner Mehrfamilienhaus (Grafik), für ein Einfamilienhaus sowie für ein unbebautes Grundstück durchgerechnet. Die Ergebnisse zeigen vor allem eines:

Grundsteuer: Eine Modellrechnung

Grundsteuer für eine Wohnung in einem Kölner Mehrfamilienhaus in Euro

Grundstücksfläche: 800 m², Bruttogrundfläche: 920 m², Wohnfläche je Wohnung: 70 m², Anzahl Wohneinheiten: 8, Bodenrichtwert: 700 Euro/m², Einheitswert einer Wohnung: 13.500 Euro, Verkehrswert einer Wohnung: 210.000 Euro

Aktuelle Grundsteuer	243
Flächensteuer	250
Bodenwertsteuer	179
Kostenwertsteuer	164

Flächensteuer: bewertet die Grundstücksfläche pauschal mit 2 Cent/m² und die Gebäudefläche pauschal mit 20 Cent/m²; Bodenwertsteuer: bewertet allein die Grundstücksfläche mit dem Bodenrichtwert; Kostenwertsteuer: bewertet die Grundstücksfläche mit dem Bodenrichtwert und die Gebäudefläche mit dem Kostenwert abzüglich der Alterswertminderung

Derzeitiger Hebesatz in Köln = 515; aufkommensneutrale Hebesätze für Köln: Bodenwertsteuer = 400, Flächensteuer = 1.000, Kostenwertsteuer = 350

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Unabhängig davon, welches neue Grundsteuermodell man wählt: Der Wechsel führt zwangsläufig dazu, dass es reformbedingte Gewinner und Verlierer gibt – auch wenn die Kommunen mit der neuen Grundsteuer aufkommensneutrale Hebesätze festlegen.

Gleichwohl hat das Bodenwertmodell im Vergleich mit den anderen Vorschlägen einige Vorteile: Weil es sich gegenüber Investitionen neutral verhält, schafft es Anreize zu bauen, und weil unbebaute Grundstücke genauso hoch besteuert werden wie bebaute, verteuert es Spekulationen.

Die Bodenwertsteuer unterstützt also das Ziel der Städte und Gemeinden, mehr Investoren zu gewinnen und so über ein steigendes Wohnraumangebot dämpfend auf die Bodenpreise und Mieten zu wirken. Und last, but not least: Die Bodenwertsteuer ist leicht nachzuvollziehen und transparent – das dürfte ihre Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen.

IW policy paper 32/2015

Ralph Henger, Thilo Schaefer: Mehr Boden für die Grundsteuer
iwkoeln.de/grundsteuer

Europa recycelt

Kreislaufwirtschaft. Mitte April hat das EU-Parlament über die neuen Abfallregeln im Rahmen des EU-Kreislaufwirtschaftspakets abgestimmt. Doch obwohl die angepeilten Recyclingquoten hinter den einst diskutierten Zielen zurückbleiben, werden viele europäische Staaten Schwierigkeiten haben, die Vorgaben einzuhalten. Deutschland dagegen ist – zumindest vorerst – auf der sicheren Seite.

Politik lebt von Kompromissen, die Brüsseler ganz besonders: Die EU-Kommission wollte eine Recyclingquote von 65 Prozent des Siedlungsabfalls, das Parlament forderte 70, der Rat dagegen nur 60. Im Ergebnis steigt die europäische Zielgröße vom Jahr 2025 bis 2035 von 55 über 60 auf 65 Prozent.

Zudem wird es künftig statt vier Berechnungswegen für die Recyclingziele nur noch einen geben: Grundsätzlich sollen allein solche Abfälle als recycelt gelten, die tatsächlich wiederverwertet werden. Aktuell gilt dagegen in vielen Ländern – auch in Deutschland – schon das als recycelt, was zur Wiederverwertung gesammelt oder vorsortiert wird. Und eine Ausnahmeregelung im Fall fehlender Daten erlaubt es, Materialien bereits nach einem frühen Sortierungsprozess als recycelt zu werten und die Mengen, die nicht ins Recycling gelangen, über durchschnittliche Verlustraten zu ermitteln. Trotzdem ist der EU-Kompromiss für viele Staaten ambitioniert:

Der Anteil des Siedlungsabfalls, der auf Müllhalden gelangt, sank von 2005 bis 2016 EU-weit von 43 auf 24 Prozent. Dennoch landet in zehn Mitgliedsstaaten noch immer über die Hälfte des Mülls auf der Deponie.

Im selben Zeitraum stieg die Recyclingquote von 32 auf 46 Prozent. Allerdings verteilt sich der Anstieg sehr ungleich über die Länder – entsprechend schwer wird es für viele Staaten, die EU-Ziele zu erfüllen (Grafik):

Wenn alle EU-Staaten ihre Recyclingquoten in den kommenden Jahren so erhöhen wie bisher, werden nur zehn Länder das Ziel für 2025 erreichen.

Die anderen Nationen müssen die Wiederverwertung teils merklich ausweiten, um das EU-Ziel im Jahr 2025 zu erfüllen. Das betrifft auch Länder wie Belgien oder Dänemark, die bereits relativ viel recyceln.

Laut aktueller Statistik hätte Deutschland mit einer Recyclingquote von 66 Prozent als einziger EU-Staat bereits heute die Ziele für 2035 erreicht – aber nur wegen

EU-Recyclingziel: Für viele Staaten in weiter Ferne

- Recyclingquote 2016 in Prozent
- Durchschnittlicher jährlicher Anstieg der Recyclingquote 2005 bis 2016 in Prozentpunkten
- Notwendiger jährlicher Anstieg 2016 bis 2025, um 55-Prozent-Ziel zu erreichen
- Reicht die bisherige Wachstumsrate der Recyclingquote aus, um das EU-Ziel für 2025 zu erreichen?

Deutschland	66,1	0,5	-1,2	Ja
Österreich	57,6	-0,1	-0,3	Ja
Niederlande	53,1	0,6	0,2	Ja
Italien	45,1	2,4	1,1	Ja
Vereinigtes Königreich	44,3	1,6	1,2	Ja
Frankreich	41,7	1,1	1,5	Nein
Portugal	30,4	1,7	2,2	Nein
Spanien	29,7	-0,2	2,8	Nein

Länderauswahl; Portugal: Berechnungen auf Basis der Recyclingquote 2014

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

der weit gefassten Recyclingdefinition. Würde dagegen einzig das als wiederverwertet gezählt, was die Anlagen als Sekundärrohstoff verlässt, säne die Quote laut der Deutschen Gesellschaft für Abfallwirtschaft auf einen Wert zwischen 47 und 52 Prozent. Das bedeutet:

Sollte die EU den Begriff „Recycling“ strenger definieren, müsste die Quote in Deutschland jedes Jahr zwischen 0,7 und 0,9 Prozentpunkte zulegen, um das EU-Ziel für 2035 zu erreichen.

Doch selbst mit einer angepassten Definition des Recyclingbegriffs wird Deutschland dank seines Know-hows und der verfügbaren Technologien im Bereich Recycling weiterhin an der Spitze stehen.



Eine ausführlichere Version des Artikels mit Informationen zur Entwicklung der Pro-Kopf-Müllmenge sowie eine Grafik mit Daten für alle EU-Staaten finden Sie auf iwd.de

Wirtschaft trotz den Risiken

IW-Konjunkturumfrage und -prognose. Trotz vieler geopolitischer Unwägbarkeiten bleibt die deutsche Wirtschaft in diesem und im kommenden Jahr auf Wachstumskurs. Dabei wird die Konjunktur nicht nur vom Außenhandel getragen, sondern auch vom privaten Konsum – dieser wiederum profitiert vom anhaltenden Beschäftigungsboom.

Lange waren die Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft nicht mehr so unsicher wie derzeit: Die Gefahr eines durch US-Präsident Trump angezettelten globalen Handelskriegs, die nach wie vor bestehende Unklarheit über die Modalitäten des Brexits sowie die instabile politische und ökonomische Lage in Italien sind nur einige der Risiken, die auch die Konjunktur in Deutschland merklich schwächen könnten.

Bislang allerdings zeigt sich die deutsche Wirtschaft ausgesprochen widerstandsfähig – und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) geht davon aus, dass dies vorerst auch so bleibt (Tabelle Seite 9):

Der aktuellen IW-Prognose zufolge wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2018 real um gut 2 Prozent zulegen und 2019 nochmals um etwa 2 Prozent wachsen.

Die stärksten Impulse kommen dabei von der Industrie. Im Jahr 2017 lag ihre reale Bruttowertschöpfung um

3 Prozent über dem Vorjahresniveau. Dass der Trend auch weiterhin nach oben zeigt, geht aus der IW-Befragung von mehr als 2.800 Unternehmen in diesem Frühjahr hervor (Grafik):

Insgesamt erwarten knapp 52 Prozent der befragten Unternehmen für 2018 ein Produktionsplus – von den Industriebetrieben sind sogar gut 59 Prozent optimistisch.

An der Spitze stehen die Investitionsgüterhersteller – 64 Prozent von ihnen gehen für 2018 von einem Zuwachs an Output aus.

Auch sonst zeichnen IW-Prognose und -Umfrage ein freundliches Bild:

- **Außenhandel.** Ungeachtet der geopolitischen Risiken entwickelt sich die Wirtschaft sowohl in den Industrie- als auch in den Schwellenländern dynamisch. Die globalen Investitionen nehmen zu – wenn auch teils angetrieben durch staatliche Programme – und der Welthandel dürfte

Konjunktur: Viel Optimismus

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2018 eine ■ Abnahme der ... ■ Zunahme der ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
Produktion	7,9	52,4	9,9	46,9	8,2	51,6
Exporte	8,8	33,1	14,8	19,2	9,6	31,3
Erträge	16,1	41,0	14,4	39,4	15,9	40,7
Investitionen	9,7	46,5	16,8	37,6	10,7	45,3
Beschäftigung	8,0	47,6	11,9	37,5	8,6	46,1

Rest zu 100: gleichbleibend

Quelle: IW-Befragung von 2.264 Unternehmen in Westdeutschland und 559 Unternehmen in Ostdeutschland im März/April 2018
© 2018 IW Medien / iwd

IW-Prognose für Deutschland 2018 und 2019

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2017	2018	2019
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	1,5	1 ¼	1
Arbeitslosenquote	5,7	5 ¼	5
Arbeitsvolumen	1,1	1	1
Produktivität	1,1	1	1
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2	2
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	1,9	1 ½	1 ½
Konsumausgaben des Staates	1,6	1 ½	1 ½
Anlageinvestitionen	3,3	3	3
– Ausrüstungen	4,0	5 ¼	4 ¼
– Sonstige Anlagen	3,5	4	4
– Bauten	2,7	1	2
Inlandsnachfrage	2,2	1 ¾	2
Export	4,7	5 ½	4 ¾
Import	5,1	5 ¼	5
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,8	1 ¾	1 ¾
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	1,1	1 ½	1

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;
Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt,
Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

in diesem Jahr um 4 ½ Prozent wachsen. All diese Trends kommen der exportorientierten deutschen Wirtschaft zugute:

Im Jahr 2018 werden die deutschen Exporte um 5 ½ Prozent zulegen – der Außenhandel steuert einen halben Prozentpunkt zum Wachstum der deutschen Wirtschaft bei.

Zu diesem Befund passt auch, dass gut 31 Prozent der vom IW befragten Firmen für das laufende Jahr mit einem Exportplus rechnen und nur knapp 10 Prozent von einem Minus ausgehen. Allerdings haben sich die Perspektiven seit dem vergangenen Herbst lediglich im Industriesektor deutlich verbessert – die Dienstleistungsunternehmen haben ihre Exporterwartungen dagegen zurückgeschraubt.

• **Investitionen.** Im vergangenen Jahr haben die Unternehmen in Deutschland wieder deutlich mehr Geld für neue Maschinen und Produktionsanlagen ausgegeben. Angesichts der stabilen Exportperspektiven sieht es auch für die nähere Zukunft gut aus:

Im Jahr 2018 werden die realen Ausrüstungsinvestitionen das Vorjahresniveau um gut 5 ¼ Prozent übertreffen, für 2019 prognostiziert das IW ein Plus von rund 4 ¼ Prozent.

Die Investitionen in die sogenannten Sonstigen Anlagen, zu denen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Software und Datenbanken gehören, legen in beiden Jahren um jeweils gut 4 Prozent zu – offenbar geht die deutsche Wirtschaft verstärkt das Thema Digitalisierung an.

Die Prognose basiert auch auf der nochmals gewachsenen Zuversicht der deutschen Unternehmen – inzwischen melden gut 45 Prozent, dass sie 2018 mehr investieren wollen als im zurückliegenden Jahr. Im Herbst 2017 waren es erst 42 Prozent.

Dass die Investitionskonjunktur nicht noch stärker aufdreht, liegt zum einen an der drohenden Protektionismus-Spirale. Zum anderen stellen auch die in vielen Wirtschaftsbereichen fehlenden Fachkräfte ein Investitionshemmnis dar.

• **Arbeitsmarkt.** Die deutschen Unternehmen sind derzeit hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung so optimistisch wie seit dem Frühjahr 2011 nicht mehr:

Gut 46 Prozent der Firmen planen, im laufenden Jahr zusätzliches Personal einzustellen, gerade mal knapp 9 Prozent halten einen Stellenabbau für notwendig.

Der hohe Mitarbeiterbedarf zieht sich dabei quer durch alle Branchen.

Als Resultat wird die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland 2018 um knapp 600.000 steigen – ein Zuwachs von 1 ¼ Prozent. Der Abbau der Arbeitslosigkeit beschleunigt sich – die Quote dürfte bis zum kommenden Jahr auf nur noch 5 Prozent sinken.

• **Konsum.** Der Beschäftigungsaufbau und die damit verbundenen Einkommenszuwächse machen es möglich: Der private Konsum wird in diesem Jahr um knapp 1 ½ Prozent zulegen, 2019 sogar noch ein wenig stärker. Dabei profitieren die Verbraucher auch davon, dass die Bundesregierung im kommenden Jahr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung zurückkehren und den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung senken will. Hinzu kommt, dass die Zinsen niedrig bleiben und die Inflationsrate vorerst stabil bei 1 ¾ Prozent liegt.

Aus IW-Trends 2/2018

IW-Forschungsgruppe Konjunktur: Hohe Zuversicht der Unternehmen – hohe Risiken durch Protektionismus,
IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2018
iwkoeln.de/konjunktur

Das neue Öl

Datenmarkt. Unternehmen mit datengetriebenen Geschäftsmodellen wie Facebook oder Alphabet zählen zu den wertvollsten weltweit. Die Daten, die diese Firmen sammeln, haben mittlerweile ein Volumen erreicht, das sich spürbar auf das Bruttoinlandsprodukt auswirken kann. In Europa ist dieser Effekt in Großbritannien besonders groß.

„Womit verdient Facebook eigentlich Geld?“ Das war eine der Fragen, die Firmenchef Mark Zuckerberg den US-Senatoren bei einer Anhörung, die wegen der Cambridge-Analytica-Affäre stattfand, beantworten sollte. Zuckerbergs lapidare Antwort: mit Werbung.

Aufgrund der Nutzerdaten ist Facebook in der komfortablen Lage, Zielgruppen direkt ansprechen zu können – und somit entsprechend hohe Werbeeinnahmen zu generieren. Wie wertvoll die Daten der Nutzer sind, wird an der Marktkapitalisierung von Facebook deutlich: aktuell rund 383 Milliarden Euro.

Aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung werden Daten aber auch für die Gesamtwirtschaft immer wichtiger – Stichwort Industrie 4.0. Daten werden deshalb längst als das neue Öl bezeichnet, wobei der Vergleich nicht ganz zutrifft, da Daten nicht verbraucht werden. Im Gegenteil: Sie haben den entscheidenden Vorteil, mehreren Zwecken gleichzeitig dienen zu können.

Aufgrund der Masse und der Verwendungsmöglichkeiten hat sich bereits ein Markt für Daten gebildet. Die International Data Corporation

hat diesen Markt nun in einer Studie für die EU-Kommission untersucht und kommt für die Europäische Union zu folgenden Erkenntnissen (Grafik):

Das Vereinigte Königreich hat mit rund 13 Milliarden Euro das größte Handelsvolumen mit Daten innerhalb der EU.

International dominieren jedoch die USA, wo Google, Microsoft und viele andere Internetkonzerne ihren Sitz haben. In den Vereinigten Staaten belief sich der Wert des Datenmarktes 2016 auf annähernd 130 Milliarden Euro, das war das Zehnfache des deutschen Marktes. Da diese Zahlen jedoch nicht den Datenaustausch innerhalb einzelner Unternehmen abbilden, dürfte das tatsächliche Handelsvolumen noch weitaus höher sein.

Darüber hinaus haben Daten mittlerweile einen spürbaren Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Länder. Und dieser ist deutlich größer, als es das Marktvolumen vermuten lässt. Denn zum direkten Effekt durch die Tätigkeit der Datenunternehmen kommen noch indirekte und induzierte Effekte. Indirekte Effekte entstehen einerseits bei Zulieferern, da dort Waren und Dienstleistungen nachgefragt werden; andererseits auch bei Datenkäufern, die damit beispielsweise neue Produkte und Dienstleistungen anbieten können. Induzierte Effekte entstehen, wenn etwa die Angestellten von Datenunternehmen ihr Gehalt ausgeben.

Innerhalb der EU erzeugt der Datenmarkt den größten BIP-Effekt wiederum im Vereinigten Königreich, gefolgt von Deutschland, den

Der Wert der Daten

Handelsvolumen mit Waren und Dienstleistungen, die auf Daten und Informationen basieren, im Jahr 2016 in Millionen Euro

Um so viel Prozent fiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2016 aufgrund des Datenhandels höher aus

USA	129.174	0,78
Japan	25.513	0,93
Vereinigtes Königreich	13.313	2,56
Deutschland	12.925	2,45
Frankreich	7.427	1,70
Brasilien	6.049	0,16
Italien	4.606	1,69
Niederlande	3.395	2,38
Spanien	3.261	1,87
Schweden	2.304	1,85
Polen	1.691	1,09
Belgien	1.540	1,83
Dänemark	1.283	2,37
Österreich	1.257	2,15
Irland	1.042	1,91

Länderauswahl

Brasilien, Japan, USA: BIP-Effekte nur begrenzt vergleichbar, da ohne positive Effekte auf die Kunden von Datenfirmen (z. B. Umsatz) und ohne induzierte Effekte (z. B. höhere Steuereinnahmen, Gehälter)

Ursprungsdaten: Eurostat, International Data Corporation © 2018 IW Medien / iwd



Niederlanden, Dänemark, Österreich und Irland. Da für Brasilien, Japan und die USA nicht alle Auswirkungen des Datenmarktes auf das Wirtschaftswachstum erfasst werden, lassen sich die Werte für diese Länder nicht mit den EU-Werten vergleichen.

Stereotype in Stellenanzeigen

Fachkräfte. Viele Frauen fühlen sich von Stellenanzeigen nicht oder kaum angesprochen. Dabei ist es relativ einfach, Bewerberinnen auf eine Stelle aufmerksam zu machen: mit Formulierungen, die nicht ausschließlich typisch männliche Eigenschaften betonen.

Dass Männer anders ticken als Frauen, ist nicht neu. Aber dass sich dieses Phänomen sogar auf die Wahrnehmung von Stellenanzeigen bezieht, schon:

Frauen fühlen sich von Stellenanzeigen oft nicht angesprochen, weil die meisten Inserate typisch männliche Eigenschaften betonen.

Dabei geht es nicht darum, dass Frauen in einem Stellenprofil per se ausgeschlossen werden. Das ist laut Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ohnehin verboten. So darf niemand wegen seines Geschlechts, Alters, der ethnischen Herkunft, der Religion, einer Behinderung oder seiner sexuellen Identität benachteiligt werden.

Was Frauen vielmehr an Stellenanzeigen oft abschreckt, ist das Vokabular. Ein Beispiel: Im Anforderungsprofil wird „Verhandlungsgeschick“ und „Durchsetzungsfähig-

keit“ vorausgesetzt – Begriffe, von denen sich viele Frauen wenig angesprochen fühlen, und zwar unabhängig davon, ob sie diese Attribute erfüllen oder nicht. Umschreibt man diese Eigenschaften jedoch mit „Wortgewandtheit“ und „Selbstbewusstsein“, können sich Frauen viel eher damit identifizieren.

Hilfreich ist es auch, Eigenschaften in Verhaltensweisen umzuformulieren. Personaler, die „autonom“ durch „eigenständig“ arbeiten ersetzen, erreichen sehr wahrscheinlich eine größere Bewerbergruppe.

Und das wäre nicht das Schlechteste, denn das Angebot an Arbeitskräften wird knapper (Grafik):

Kamen im Jahr 2010 auf eine neu besetzte Stelle im Schnitt knapp 18 Bewerber, so waren es 2016 nur noch 14.

Es gibt also gute Gründe dafür, warum Unternehmen ihre Stellen-

anzeigen frauenaffiner formulieren sollten. Ein weiterer Knackpunkt dabei sind die Anforderungen. Frauen bewerben sich auf eine Stellenanzeige oft nur dann, wenn sie ausnahmslos alle Voraussetzungen erfüllen. Arbeitgeber sollten deshalb deutlich machen, welche ihrer Anforderungen zwingend erfüllt sein müssen und welche nicht.

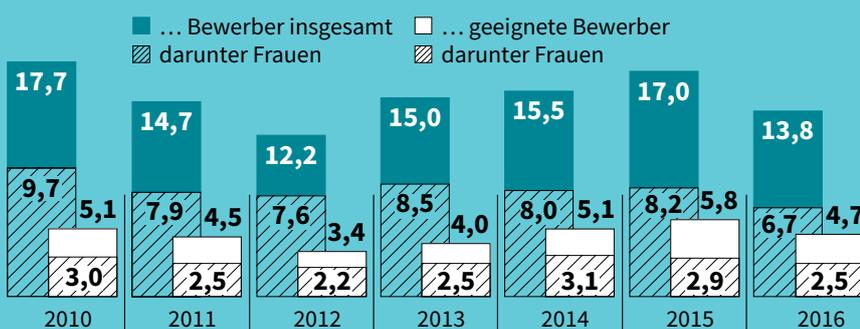
Betriebe, die Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf offerieren, sollten dies auch in Stellenanzeigen kundtun – schließlich gibt es nicht überall flexible Arbeitszeiten oder Jobsharing. Wer das Thema Familie und Beruf visualisiert, kann bei Frauen übrigens mehr punkten, wenn das Thema mit einem Mann beworben wird.

Eine Studie der Hochschule Ostwestfalen-Lippe und der Uni Tübingen hat zudem festgestellt, dass Studentinnen bei ihrer Bewerbungsentscheidung die Präsenz von Frauen in der Geschäftsführung berücksichtigen. Doch Vorsicht: Ist in einer ansonsten männerdominierten Geschäftsführung nur der Personalvorstand weiblich, kann das junge Frauen sogar abschrecken. Denn dies gilt als Signal dafür, dass Geschlechterstereotype die Personalpraktiken des Unternehmens prägen.

Mehr Informationen bietet das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung unter: kofa.de/rekrutierung-von-frauen

Weniger Bewerbungen

Auf einen neu eingestellten Beschäftigten in Deutschland kamen im Durchschnitt so viele ...



2016: vorläufige Daten; neu eingestellte Beschäftigte: nur sozialversicherungspflichtige Jobs

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
© 2018 IW Medien / iwd

iwd



Die Langfassung dieses Artikels finden Sie auf iwd.de

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Chefredakteur: Ulrich von Lampe (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
€ 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

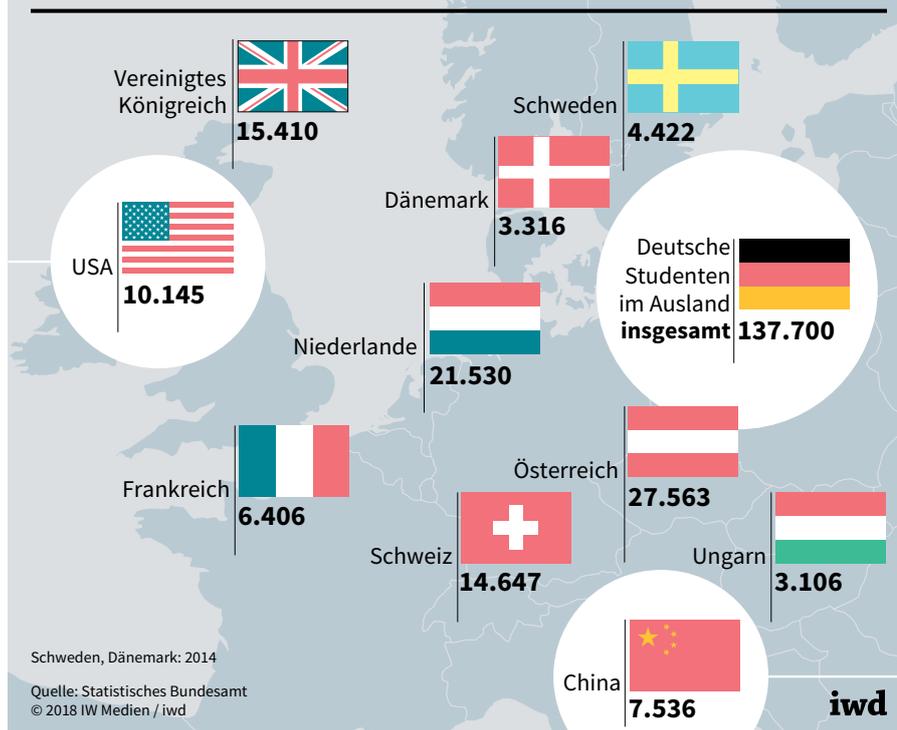
IW INSTITUT
DER DEUTSCHEN
WIRTSCHAFT

Top-Liste: BWL in Amsterdam, Medizin in Budapest

Auslandsstudenten haben ein besonderes Faible für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. In den Niederlanden beispielsweise studierten im Jahr 2015/16 fast 60 Prozent der deutschen Studenten eines dieser Fächer – bei den Inlandsstudenten betrug der entsprechende Anteil nur 31 Prozent. Unter den Top Ten der Auslandsdestinationen stehen allerdings zwei Länder deutlich hervor: In Frankreich studiert knapp die Hälfte der Deutschen eine Sprach- oder Kulturwissenschaft und nach Ungarn zieht es zwei Drittel der Auslandsstudenten wegen des dort zulassungsfreien Medizinstudiums. Die ungarischen Unis bieten mittlerweile sogar deutschsprachige Kurse für Medizinstudenten an.

Studium internationale

So viele deutsche Studenten waren 2015 an einer Hochschule in ... eingeschrieben



Wissenschaftspreis Bürokratie

Zwischen Aktenvermerk und Beschlussvorlage



In einem Asterix-und-Obelix-Film müssen die beiden Gallier im „Haus, das Verrückte macht“ den Passierschein A38 besorgen – und kommen dem Wahnsinn dabei gefährlich nahe.

Auch im wahren Leben ist die Bürokratie allgegenwärtig und nicht auf staatliche Einrichtungen beschränkt.

Doch wie genau entwickeln sich Bürokrationen und wie wirken sie? Dazu soll umfassend geforscht werden, wünschte sich Fritz Hellwig, Gründungsdirektor des IW, der die Marktwirtschaft durch Bürokratie gefährdet sah.

Er stiftete den „Wissenschaftspreis Bürokratie“, der jetzt zum dritten Mal ausgeschrieben wird. Dotiert mit 5.000 Euro, wird er für wissenschaftlich fundierte Monografien und Publikationen in renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften vergeben, die in den vergangenen drei Jahren erschienen sein müssen. Die Preisverleihung wird im Mai 2019 im IW in Köln stattfinden. Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2018.

Weitere Informationen unter:
iwkoeln.de/wissenschaftspreis-buerokratie